Bezugspreis für Halle monatlich bei zweimaliger Zustellung 2.00 Mark, vierteljährlich 6.00 Mark, durch die Post 6.00 Mark ausschl. Zustellungsgebühr. Einzelnummer 15 Pf. Bestellungen werden von allen Reichspostanstalten angenommen. Im amtl. Zeitungsverzeichnis unter Saale-Zeitung eingetragen. Für unverlangt eingegangene Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit der Quellenangabe „Saale-Zeitung" gestattet. Fernr. der Schriftleitung Nr. 1140, der Anzeigen-Abtlg. Nr. 1142 u. 1418, der Bezugs-Abtlg. Nr. 1133; Postscheck-Konto Leipzig Nr. 4609.

Morgen-Ausgabe.

Saale-Zeitung

Dreiundfünfzigster Jahrgang.

Anzeigen werden d. 8gespalt. 34mm br. Millimeterzeile oder deren Raum mit 20 Pf. berechnet u. in unseren Annahmestellen u. allen Anzeigengeschäften angenommen. Reklamen die 92mm br. Millimeterzeile 60 Pf. Anzeigen-Annahmeschluß vorm. 11 Uhr, für die Sonntags-Nr. abds. 6 Uhr. Abbestellungen, soweit zulässig, müssen schriftlich erfolgen. Erfüllungsort: Halle. Erscheint tägl. 2mal, Sonntags 1mal. Schriftleit. u. Haupt-Geschäftsstelle: Halle, Neue Promenade 1a, Gr. Brauhausstr. 17. Neben-Geschäftsstell.: Markt 24 und Große Ulrichstr. 52.

Nr. 421. Halle, Dienstag, den 9. September. 1919.

Neue Unruhen in Breslau.

Sturmszenen in der schlesischen Hauptstadt

Unruhen infolge der Teuerung.

Breslau, 8. September. (Eig. Drahtnachricht.) Die wachsende Erregung in Breslau über die unerhörten Lebensmittelpreise, die bereits am Freitag und Sonnabend zu großen Zwangsverkäufen für Obst und Gemüse geführt hatten, hat seit den frühen Morgenstunden des heutigen Tages einen sehr bedenklichen Charakter angenommen, da Polizei und Sicherheitsdienst bei weitem nicht ausreichen, um der Ausschreitungen Herr zu werden. Es kam heute vormittag in der inneren Stadt zu stürmischen Zusammenrottungen vor Zigarren-, Schuhwaren- und Lebensmittelgeschäften, in denen von Zivilpersonen die Waren zu bedeutend herabgesetzten Preisen an die Menge verkauft wurden. Eine große Anzahl dieser Geschäfte wurde durch die Zwangsverkäufe völlig ausgeleert. Kommunistische Hetzer benutzten die Empörung der Menge, um sie für ihre politischen Ziele auszubeuten. In vielen Geschäften kam es dabei zu wüsten Plünderungsszenen. Ein Jägerbataillon wurde in aller Eile herbeigeholt. Straßen und Plätze der Stadt und das Rathaus sind mit starken Maschinengewehrposten besetzt worden. Da die wiederholten Aufforderungen des Militärs, auseinanderzugehen, nicht befolgt wurden, sondern mit Johlen und Protestieren, Lärm und Drohungen beantwortet wurden, mußten an vielen Stellen nach erfolgloser Abgabe zahlreicher Schreckschüsse scharf auf die Menge gefeuert werden. Erst dann gelang es, die Massen zu zerstreuen. Die Zahl der Verletzten läßt sich zur Stunde nicht feststellen. Augenblicklich herrscht in der Stadt eine außerordentlich scharfe Straßendisziplin. In kurzen Zwischenräumen knattern immer wieder scharfe Gewehr- und Maschinengewehrsalven durch die Straßen. Zahlreiche Geschäfte sind geschlossen. Angesichts der aus kommunistischen Kreisen verbreiteten Ankündigung, daß die gegenwärtigen Vorgänge nur Vorboten der für die nächsten Tage geplanten Massendemonstrationen seien, herrscht unter der Breslauer Bevölkerung große Besorgnis.

Zur Sprengung der Neißebrücke.

Oppeln, 8. Sept. (Eig. Drahtnachricht.) Zur Sprengung der über die Neiße führenden Brücke der Hauptstrecke Oppeln—Breslau ist noch folgendes mitzuteilen: Die Sprengung erfolgte heute Nacht einige Minuten nach 2 Uhr, kurz vor dem Passieren des von Breslau kommenden und 2 Uhr 15 Min. in Oppeln eintreffenden Personenzuges. Dabei sollen zwei Militärpersonen getötet worden sein, doch fehlen noch nähere Einzelheiten. Vorläufig wird der Verkehr auf der Strecke durch Umsteigen aufrecht erhalten.

Die Viehablieferung an die Entente.

Königsberg, 8. Sept. (Eig. Drahtnachricht.) Von dem laut Friedensvertrag an die Entente abzuliefernden Rindvieh entfallen auf Ostpreußen ungefähr 6500 bis 7500 Kühe, 1200 bis 1300 Jungrinder und 50 Bullen. Als Durchschnittspreis sollen gezahlt werden für die Kühe 2700, für Jungrinder 100 und für Bullen 2000 bis 3500 Mark.

Die November-Putschpläne.

Berlin, 8. Sept. (Eig. Drahtnachricht.) Ueber den Plan der Unabhängigen und Kommunisten, im November einen neuen Putsch zu unternehmen, wird folgendes mitgeteilt: Der gestrige Zusammenstoß zwischen Teilnehmern des sozialistischen Jugendtages, die fast alle Anhänger des Kommunismus sind, und Reichswehrtruppen beweist, daß die Gährung unter den radikalen Massen nicht nachgelassen hat. Es hat sogar den Anschein, als ob die Unabhängigen und vor allen Dingen die Kommunisten ernst am Werk sind, im November einen neuen Putschversuch zu unternehmen. Die Kommunisten sind gerade dabei, ihre Mitglieder aus den Gewerkschaften und zwar sowohl aus den syndikalistischen wie auch aus den sogenannten Zentralorganisationen herauszuziehen und besondere revolutionäre Betriebsorganisationen zu bilden. Im November soll der Schlag erfolgen. Ein großer Teil der Kommunisten hält neben dem Plane, die Gewerkschaften von Kommunisten zu entblößen und eigene revolutionäre Betriebsorganisationen zu schaffen, für vorteilhaft. Sie gehen von der Ansicht aus, daß durch das Herausziehen der Kommunisten aus den Gewerkschaften diese wieder in die Hand der mehrheitssozialistischen Führer kommen können, während die Gewerkschaften so immer stärker in das kommunistische Fahrwasser hinübergeleitet werden könnten. Diese Annahmen sind aber rein theoretischer Natur und dürften an dem Entschluß, noch einmal eine Umwälzung durch Gewaltmittel zu versuchen, nicht ändern. Das Einzige, was den Kommunisten zu dieser Aktion fehlt, ist Geld. Die kommunistische Partei verfügt heute nicht mehr über jene Geldmittel, die sie bei den Januar- und Märzunruhen noch besaß.

Wohnungswechsel des Exkronprinzen.

Haag, 8. Sept. (Eig. Drahtnachricht.) Es verlautet, daß der deutsche Kronprinz den Wunsch geäußert habe, zum Winter Wieringen zu verlassen. Wahrscheinlich wird er nach Brarn übersiedeln.

Renner fährt zum Unterschreiben.

WTB. Wien, 8. Sept. Korr.-Büro. Staatskanzler Renner ist gestern abend in Begleitung des Sektionschefs Schuller nach St. Germain abgereist.

Die Ententeantwort an Rumänien.

WTB. Paris, 8. Sept. Havas. Clark ist gestern nach Bukarest abgereist, wo er der rumänischen Regierung die Antwort des Obersten Rates überreichen wird.

Rumänien lehnt ab!

Zürich, 8. September. (Eig. Drahtnachricht.) Der Pariser Korrespondent der „Züricher Zeitung" meldet, daß die rumänische Delegation die Unterzeichnung des Friedensvertrages ablehnte.

Der bulgarische Friedensvertrag.

WTB. Paris, 8. September. Havas. Der Friedensvertrag für Bulgarien ist fertiggestellt und wird morgen den Mächten zugehen, die ein unmittelbares Interesse an ihm haben.

Worüber Tittoni reden will.

Lugano, 8. September. (Eig. Drahtnachricht.) Wie „Avanti" aus Rom meldet, wird Tittoni in der nächsten Woche mit vollkommener Offenheit in der Kammer die Gründe darlegen, warum die italienischen Ansprüche und Hoffnungen bei den Verbündeten, insbesondere bei Wilson, einen unüberwindlichen Widerstand gefunden haben. Die Schuld sei vor allem der französischen diplomatischen Taktik und den Unterlassungssünden seines Vorgängers Sonnino zuzuschreiben. Angesichts der Zwangslage werde Tittoni der Kammer die Ratifikation mit Deutschland und Oesterreich-Ungarn anempfehlen.

Gemeindearbeiterstreik in Paris.

WTB. Versailles, 8. September. (Drahtnachricht.) Paris und Umgebung werden von einem Ausstand der Gemeindearbeiter bedroht, der vielleicht schon morgen ausbrechen kann. Es handelt sich um Lohnforderungen. Die Aussperrungen in den Pariser Konzert- und Musikhallen ist zum Teil beendet. Es scheint, daß der Streik heute oder morgen gänzlich beigelegt werden wird.

Was geht in Kleinasien vor?

WTB. Versailles, 8. September. (Drahtnachricht.) Nach Meldungen aus Athen ist man in Konstantinopel seit einigen Tagen ohne Nachricht von dem Schicksal Kemal Paschas, der nach Kleinasien geschickt wurde. Einer Nachricht zufolge soll er in die Hände Reuf Beis gefallen sein und als Geisel zurückbehalten werden. Nach einer anderen Nachricht hat er sich zum Generalgouverneur von Anatolien ausrufen lassen und das Band in drei Militärbezirke eingeteilt. Er soll den Walis und Telegraphenbeamten bei strenger Strafe befohlen haben, ihm sämtliche Befehle sofort mitzuteilen, die sie von der Zentralregierung in Konstantinopel erhalten.

Nebelhafte Zahlen!

Zur Rede des französischen Ministers Klotz.

WTB. Berlin, 8. Sept. Die „Deutsche Allg. Ztg." schreibt zur Rede des französischen Finanzministers Klotz in der Deputiertenkammer u. a.: „Klotz hat einige Ziffern genannt, für die man hier in Deutschland nur ein Kopfschütteln haben kann. E nannte eine Kapitalisierungsziffer von 564 Milliarden, die allein für Frankreich in Betracht käme. Die Gesamtleistungen Deutschlands bezifferte er auf 450 Milliarden. Wie Herr Klotz derartige Ziffern ausrechnet, ist schleierhaft. Aber noch schleierhafter ist es, wie er es sich denkt, daß Deutschland solche Summen zahlen kann. Man hat es hier nicht mit ernst zu nehmenden Finanzpolitikern zu tun und es wäre gut, wenn sich die Franzosen einmal klar darüber würden, wie groß das Volksvermögen Deutschlands zurzeit eigentlich ist. Dann wird sich ergeben, daß es nur einen Bruchteil der Summe beträgt, die Herr Klotz genannt hat. Selbst die „Humanité" hat festgestellt, daß Deutschland gar nicht imstande ist, solche Summen zu zahlen. Im übrigen übertreffen die Zahlungen des Herrn Klotz auch ganz erheblich dasjenige, was wir nach dem Friedensvertrag zu zahlen verpflichtet sind."

Zwischen zwei Feuern.

Der Leidensweg der baltischen Landeswehr.

Von

Helmut Kläbe.

Die nachstehenden Ausführungen geben wir wieder, ohne von uns aus zu den einzelnen Fragen Stellung nehmen zu wollen.

Die Red.

Nachdem die Landeswehr im Kampf um die Macht in Livland mattgesetzt war, drohte ihr die Auflösung und damit das Ende allen Deutschtums, deutscher Arbeit und deutscher Erfolge in den Ostseeprovinzen. Hochauf lederte der nationale Haß der Letten und Esten, die die nur widerwillig geduldeten Führer und Herren des Landes mit ihren Hoffnungen am Boden sahen. Und mit frechem Grinsen schürte der Engländer das Feuerchen. Weidwund zog sich der Rest der Balten in die Waldberge bei Tuckum zurück und versuchte zu retten was zu retten war. Es kam zum Kompromiß. Die Landeswehr war damit ein unselbständiger, in Geld und Verpflegung durchaus von den Letten abhängiger Teil der lettländischen Armee, von Engländern geführt, an Ausrüstung und Munition unendlich knapp gehalten. Und die Reichsdeutschen, mit denen alle baltischen Formationen durchsetzt waren zu beiderseitigem Heil, sollten sofort entfernt werden. Selbstverständlich war nun für einen lettischen Truppenteil auch die Aufgabe jeder Verbindung mit den reichsdeutschen Formationen.

Diese gerieten, da sie die Zusammenhänge nicht erkennen konnten, in begreifliche Entrüstung. „Verräter am Land und an ihrem Deutschtum, an den Kameraden, die ihnen Heimat und Familie von den Bolschewisten befreien halfen", — so lautete das Urteil allgemein. Schließlich brachten einige Wühler noch das Gerücht auf, diese Haltung wäre dadurch zu erklären, daß die in der Landeswehr befindlichen Gutsbesitzer das versprochene Landdrittel zu Siedelungszwecken nicht abgeben wollten, und nun auf die Seite derer getreten wären, die schleunigen Abzug der Deutschen forderten. Damit zerriß das Band der guten Kameradschaft, die monatelang von Sieg zu Sieg geführt hatte, und trübe, sehr trübe Tage kamen für die Balten.

Der Engländer begann einen neuen Abschnitt seines Werkes: Vernichtung deutschen und baltischen Einflusses in den Ostseeprovinzen. Mit geschickten Händen sollte dies Werk vollendet werden ohne Aufsehen, ohne Zetergeschrei irgend einer noch nicht gekauften Presse über grobe Rechtsverletzungen. Britannias Unschuldsmaske wurde vorgeschoben, und mit dem Schein edelmütigsten Interesses am Schicksal aller Nationalitäten, sogar der Balten, setzte eine Bohr- und Wühlarbeit ein, um das feste Haus der Landeswehr in seinen Fundamenten zu erschüttern. Und die Letten boten dazu die Hand.

Mit der Verpflegung fing's an. Bald fehlte es hier, bald da. Mit den liebenswürdigsten Worten wurde auf die Uebergangszeit und ihre Schwierigkeit verwiesen und Besserung versprochen. Die Löhnung blieb aus, und als sie endlich gezahlt wurde, gab es anstelle des guten Ostgeldes lettische Staatskassenscheine von sehr, sehr zweifelhaftem Auslandkurse. Die Bekleidungsstücke wurden ersatzbedürftig, Waffen und Ausrüstung mußten ergänzt werden. Aber es gab nur Versprechungen, tröstende Worte in Hülle und Fülle ohne eine einzige greifbare Aenderung. Hilflos standen die Führer der immer weiter greifenden Unordnung entgegen; rasch sank die Marsch- und Kampffähigkeit der Mannschaften und Pferde. Und noch ein böser Geist schlich darn durch die Reihen der Landeswehr: das Mißtrauen. Ueberall wurde gewühlt und gebohrt, die Kameradschaft zu untergraben und eine Parteilichkeit auf den Thron zu bringen, die ein einiges, entschlossenes Handeln künftighin ausschloß.

Die deutschen Truppen räumten indessen planmäßig das Land. Eines Tages fuhr der letzte Zug von Tuckum nach Mitau davon; alle Dienststellen der deutschen Verwaltung und Etappe verschwanden, und lettische Truppenteile nahmen die Quartiere der Deutschen ein. Immer breiter wurde der Streifen, der zwischen der Landeswehr und ihren deutschen Kameraden lag, immer enger der Ring der lettischen Formationen um die baltischen. Mit dem Tage der Räumung von Nordkurland aber begann dort ein Bandenunwesen bolschewistischer Färbung, gegen das die lettischen Besatzungen machtlos waren — oder sein wollten. Die aus der Bolschewikenzeit wohlbekannten Kommissare trieben ungeschaut ihr Wesen, Polizeiorgane, z. B. der lettische Kommandant in Talsen, erhielten Drohbriefe; Raub, Mord und Plünderung mehrten sich. Und die deutschen Truppen, von ihrer Regierung unter dem Druck der Engländer zur Rückkehr mahnt, zogen immer mehr südwärts.

Durch die Landeswehr gingen harte Streitreden, tobten heftige Stürme. Haltlose, kleingläubige Gemüter wollten

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19190909015/fragment/page=0001

die Flinte ins Korn werfen. Einige durch Miesmacherei vergiftete Landeswehrleute machten sich in Nacht und Nebel davon. Wohl stand die große Menge noch fest und einheitlich zusammen, aber ihr Zustand wurde immer kläglicher, und das langsame Abbröckeln der stolzen Waffenmacht im Verein mit dem tatenlosen Stilliegen bedrückte die Gemüter. Warten und immer warten, wie sich's entscheidet, dazu gehören starke Nerven. Aber es muß doch einmal eine Klärung kommen.

Noch einmal spielte der Engländer einen hohen Trumpf aus: Die Landeswehr soll an die Front, in einen Abschnitt, wo man vor sich den Feind, zur Seite wenig zuverlässige lettische Truppen und hinter sich eine riesengroße, gleichfalls rein lettische Etappe hat. Die Absicht lag klar, und wieder wuchsen die Differenzen in der Truppe. „Nein — sagen, sich den Deutschen anschließen!" — lautete der Wunsch vieler Landeswehrleute. Wer aber garantiert uns, daß wir nicht mit Hohn als Verräter abgewiesen werden? Was haben wir denn noch für die Wiederbefreiung der Heimat für eine Aufnahme in dieser zu hoffen? Und wer gibt uns Gewißheit, daß wir in Deutschland eine Existenz finden? Im Interesse des Lebens, im Interesse der Lieben in Riga und Livland, all des Eigentums, das so sauer erarbeitet ist, bleibt uns nur übrig, wenn wir im Lande bleiben wollen, den Bedrückern Gehorsam zu leisten.

Zwischen zwei Feuer hat uns die Entwickelung des letzten halben Jahres gedrängt, und wir sehen keinen Ausweg aus diesem Dilemma. So wollen wir denn bis zuletzt unsre Pflicht tun. Kommt die Katastrophe, dann tragen wir sie geduldig; es ist besser, in Ehren untergehen, als der Heimat und dem Erbe der Väter feige den Rücken zuwenden als streifender Flüchtling, der weder Haus noch Vaterland mehr sein eigen nennen darf. Hilft unser Weigern im Guten nichts, so gehen wir eben an die Front, und ist uns auf dem Wege dahin eine Falle gestellt, so wollen wir wenigstens Ehre und Leben möglichst teuer verkaufen. Dann lernen wohl auch die deutschen Kameraden wieder recht von uns denken.

Steuermoral.

Zu diesem jüngst in der „Saale-Zeitung" behandelten Thema wird uns aus Leserkreisen einer Kleinstadt geschrieben; wobei wir bemerken, daß wir die Verantwortung für die Einzelheiten dem Einsender überlassen:

Nach dem Reichsnotopfer soll der lands- und forstwirtschaftliche Grundbesitz, der nichts an Wert verloren hat, nur mit 75 Prozent des gemeinen Wertes bei der Vermögensfeststellung angerechnet werden. Dagegen aber sollen Forderungen aus Reichsmark (Sparkassen-Einlagen, Bankguthaben, Hypothekenforderungen, Obligationen, Papiergeld) voll 100 Prozent gelten, trotzdem sie nur noch ungefähr 20 Prozent wert sind. Kommentar überflüssig!

Wer hätte wohl von den neuen regierenden Männern absolute Gerechtigkeit erwartet? Doch dieser Entwurf übersteigt alles, was steuerlich unter dem alten Regime verbrochen worden ist, und es ist höchste Zeit, die Oeffentlichkeit damit zu beschäftigen und die Abgeordneten mobil zu machen.

Der Landwirt ist das Steuerzahlen freilich nicht gewöhnt. Die meisten Steuerarten, die den Städter drücken, sind auf dem Lande nicht einmal bekannt! Und die wenigen Steuerarten, zu welchen auch der Landmann veranlagt werden soll, bedrücken ihn nicht. Wird er doch nicht wie andere Staatsbürger, nach seinem wirklichen Einkommen und Vermögen, sondern nur nach ganz veralteten, viel, viel zu geringen Normal-Reinertragssätzen pro Hektar veranlagt. „Weil er nicht Bücher führt oder führen kann." (Viele führen zwar Bücher, doch nur nicht für Zwecke der Steuern.)

Daß mancher Geschäftsinhaber während des 8-Stunden-Tages bald nicht mehr alle Steuerangelegenheiten erledigen kann und damit seine Steuerzahlungsfähigkeit dem Ende sich nähert, danach freilich frug weder die alte, noch die neue Regierung.

Der Festbesoldete muß den letzten Pfennig Einkommen versteuern, der Geschäftsinhaber soll es auf Grund seiner Bücher tun und den Landwirt — läßt man einfach laufen.

So geschah es auch bei der großen Kriegsabgabe. Durchschnittlich hat man nach meiner Schätzung auf dem Lande nicht den 20. Teil von dem bezahlt, was man hätte zahlen müssen. Zwar werden auch die Städter gesündigt haben. Doch wer Bücher führt, ist dazu weniger in der Lage. Die steuerliche Begünstigung der Landwirtschaft ist insofern gesetzlich, als der Landwirt Bücher nicht zu führen und sein Einkommen nicht richtig zu deklarieren braucht, während der Städter sich in Gefahr begibt, wenn er nicht steuerehrlich handelt.

Will man „Steuerehrlichkeit" erzielen, so erlasse man nur solche Steuer-Gesetze, die für alle Stände gleich und gerecht sind, und sorge man für gerechte, gleichmäßige Handhabung derselben. Ferner ist in Reich, Staat und Gemeinde Beendigung der im Kriege entstandenen und nachdem fortgesetzten heillosen Wirtschaft, der sinnlosen Vergeudung der öffentlichen Mittel erforderlich, soll der Steuerzahler nicht meinen, seine Opfer seien zwecklos. Wer sich Vermögen in schwerer Arbeit erworben, will es nicht für Arbeitsscheue und nicht für die Feinde opfern.

Landbund und Bund der Landwirte.

Eine neue Aufmachung der alten Firma „Bund der Landwirte" ist der vor kurzem gegründete „Landbund". Vom Landbund wollen aber nichts wissen die gesamten organisierten Landarbeiter, wollen nichts wissen, die Vereinigung deutscher Bauernvereine, wollen nichts wissen, der Deutsche Bauernbund. Das dürften neun Zehntel der organisierten Landwirte sein! Als Bruder begrüßt ihn nur der Bund der Landwirte, und der — so sagt der „Deutsche Bauernbund" mit Recht — wird wissen, warum. Selbst die dem deutschnationalen Abgeordneten Behrens nahestehende Zeitung des Zentralverbandes der Forst-, Land- und Weinbergsarbeiter Deutschlands „Die Rundschau" vom 1. August 1919 fällt folgendes Urteil über den Landbund, insbesondere den pommerschen Landbund:

„Diese Art der Tätigkeit des Landbundes bedeutet eine dauernde Quelle der Unzufriedenheit der Landarbeiter und muß den Erfolg haben, daß eine ständige Gefahr wilder Streiks, vor allem während der Ernte vorhanden ist."

Die Spaltung der Gewerkschaften.

Die „Sozialistische Korrespondenz" der Mehrheitssozialisten schildert die gegenwärtigen Verhältnisse in den Gewerkschaften wie folgt:

Friedrich Naumann:

Zum ganzen Menschen gehört, daß er für sittliche und künstlerische Dinge empfänglich ist. Es hat darum etwas tief befriedigendes, wenn man Menschen sieht, deren Tüchtigkeit man ohne viel Worte fühlt und deren Schönheitssinn man in gewissen Augenblicken sieht. (Form und Farbe.)

Die Kommunisten haben seit längerer Zeit die Aufforderung zur Zerreißung der Zentralverbände ergehen lassen. Größere Ortsvereine oder ganze Bezirke solle man von ihnen lossreißen und in Verbindung mit den Räten neu organisieren. Die Unabhängigen haben sich gegen diese Forderung gesträubt. Sie möchten lieber die Beamtenposten in den Gewerkschaften erobern. Ueberall, wo sie die Mehrheit bekommen, setzen sie den Beschluß durch, daß Mehrheitssozialisten kein Amt beziehen können, und machen diese dadurch zu Mitgliedern zweiter Klasse. Namentlich zwischen den Berliner Filialen und den Zentralvorständen des Bauarbeiter- und Transportarbeiterverbandes ist darüber der offene Konflikt ausgebrochen; denn die Zentralvorstände können es sich statutengemäß nicht gefallen lassen, daß Gewerkschaftsmitglieder aus politischen Gründen entrechtet werden. Der Bauarbeiterverband droht heute in einer Kundgebung des Vorstandes damit, daß er die widerspenstigen Ortsgruppen auflösen und neu bilden werde.

Anders liegen die Dinge im Metallarbeiterverband, der Mitte Oktober in Kiel seine Generalversammlung hat. Hier hoffen die Unabhängigen die Mehrheit zu erlangen und damit die Herrschaft im ganzen Verband an sich zu reißen. Sie haben freilich bei den Wahlen zum Verbandstag in einigen Bezirken, in denen sie bisher stets die Mehrheit hatten, wie z. B. Frankfurt a. M. und Magdeburg, diese verloren, aber in Berlin, Hamburg und Sachsen sie behauptet oder neu erlangt. Sie werden also wohl auf dem Verbandstag versuchen, den ganzen bisherigen Vorstand abzusetzen und als Grundgesetz des Metallarbeiterverbandes zu verkünden, daß nur Unabhängige und Kommunisten in ihm Ehrenämter bekleiden können. Wir halten es für selbstverständlich, daß unsere Genossen sich eine solche Degradierung nicht bieten lassen. Die Dinge sind also auch bei den Gewerkschaften jetzt bis zur Spaltung getrieben worden. Wann und wie sie sich formell vollziehen wird, läßt sich heute noch nicht absehen. Aber an ein dauerndes Zusammenwirken des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, der die Parteipolitik ablehnt, und der Organisationen, die nur Filialen der U. S. P. und K. P. D. sein wollen, ist nicht mehr zu denken.

Bayerische Parteien an den Reichspräsidenten.

Gegen die Loslösungstendenzen.

WTB. Berlin, 8. September. Dem Reichspräsidenten ist nachstehende Resolution zugegangen, die von Vertretern der deutschdemokratischen, der deutschen Volkspartei, der bayerischen Volkspartei und der sozialdemokratischen Partei unterzeichnet ist:

„Die heute am 4. September, in der neuen Turnhalle versammelte Einwohnerschaft von Frankenthal verwahrt sich einmütig gegen die Bestrebungen gewisser Elemente, welche darauf hinausgehen, die Pfalz von Deutschland abzutrennen. Es ist eine Lüge, wenn von den Leuten um Haas herum und von dem Bund Freie Pfalz behauptet wird, das pfälzische Volk sei in der Mehrheit mit ihren Bestrebungen einverstanden. Durch hundert Jahre mit Bayern verbunden, wollen wir in treu pfälzischer Gesinnung bei Bayern bleiben und in diesem Zusammenhange beim Deutschen Reich. Bewußt der schweren Lasten, welche wir in Gemeinschaft mit unseren übrigen Volksgenossen zu tragen haben, geloben wir, in Gemeinschaft mit allen übrigen Stämmen des deutschen Volkes brüderlich alles Leid zu tragen, wie wir in besseren Tagen an allen Freuden teilgenommen haben."

Deutschlands Finanzlasten.

WTB. Berlin, 8. Sept. (Drahtnachricht.) In der Debatte über die Artikel des Friedensvertrages erklärte Finanzminister Kloß die Bedeutung des Friedensvertrages in bezug auf Art. 231, der nicht nur die moralische sondern auch die finanzielle Verantwortlichkeit Deutschlands feststelle. Im Art. 232 jedoch sei festgestellt, daß Deutschland

nicht in der Lage

sei, all den Schaden und die Verluste wieder gut zu machen, für die es verantwortlich sei. Am 1. Dezember 1918 jedoch habe Lloyd George in Bristol in einer Rede erklärt, Deutschland müsse zahlen bis zur äußersten Grenze der Möglichkeit. Diesem Ziel hätten die französischen Unterhändler zugestrebt. Der Minister erklärte, die Gesamtkriegskosten aller am Kriege beteiligten Länder erreichten die Summe von 1000 Milliarden. Auf Frankreich entfielen 145 Milliarden, auf England und seine Kolonien 180 Milliarden, auf Amerika 114 Milliarden, auf Rußland 94 Milliarden, auf Italien 58 Milliarden, auf Belgien, Rumänien und Serbien 42 Milliarden, auf Deutschland 231 Milliarden und auf Oesterreich-Ungarn 100 Milliarden, auf die Türkei und Bulgarien 49 Milliarden. In diesen Ziffern seien weder die Militärpensionen, noch die Wiedergutmachung einbegriffen, die der Friedensvertrag festsetze. Auf 670 Milliarden Franken beliefen sich also

die Kriegskosten der Gegner Deutschlands.

Wenn man dieses zur Grundlage annehme, dann betrage für eine Periode von 50 Jahren bei 5 Prozent Zinsen die Summe, die Deutschland zu zahlen hätte, 1904½ Milliarden. Rechnet man die Summe aber unter gleichen Umständen auf eine Periode von 100 Jahren, so komme man

zum Ergebnis von 3550 Milliarden.

Rechnet man die Entschädigung und die zu zahlenden Pensionen hinzu, dann ergebe sich die Summe von 4500 Milliarden. Das seien natürlich unbezahlbare Summen und deshalb habe die französische Regierung vor allem Wert darauf gelegt, die Wiedergutmachung aller Schäden in Gütern zu verlangen. Die Zahl aber habe man nicht festsetzen können, denn man weiß ja nicht, in welcher Wirtschaftslage sich Deutschland in einigen Jahren befinden werde. Die Frage der Priorität der französischen Schuld sei noch nicht geregelt. Jedoch sichere der Vertrag Frankreich Kohlen und gewisse Rohmaterialien. In einem Zeitraum von 20 Jahren werde Frankreich einen noch zu bestimmenden Anteil von der Summe von 20 Milliarden Goldmark erhalten, einen weiteren noch zu bestimmenden Anteil auf Schatzscheine im Werte von 40 Milliarden Goldmark und einen dritten noch zu bestimmenden Anteil auf die deutsche Handelsmonopole und auf die deutschen Farben. Während 10 Jahren erhalte Frankreich jedes Jahr 7 Millionen Tonnen Kohle,

die Rückerstattung der Okkupationskosten, das Recht sich einen Teil der deutschen Interessen in Rußland zuzueignen zu lassen, sowie hauptsächlich die Zahlung der Vorkriegsschulden nach der Valuta vor dem Kriege und endlich die Aufrechterhaltung allen Verträge, die für Frankreich von Nutzen sein könne. Dazu komme, daß Elsaß-Lothringen schuldenlos an Frankreich zurückfalle, daß Frankreich das Recht habe, alle deutschen Werte in Marokko zu liquidieren, daß der Anteil Deutschlands an der Bank von Marokko auf Frankreich übergehe und daß endlich

ein Teil der deutschen Kolonien

schuldenlos unter die französische Verwaltung komme. Das alles erhalten wir vor dem 1. Mai 1921 und ich begreife nicht, sagte Kloß, wie man angesichts dieser Tatsache, Franklin Boullon behaupten könne: Das sei nichts. Die zu zahlenden Renten seien auf 60 Milliarden zu veranschlagen, zwei Milliarden seien für die Kriegswitwen, und die wieder gutzumachenden Schäden betrügen 134 Milliarden. Die Gesamtsumme, die zu Lasten Frankreichs lege und die zugunsten Frankreichs aufgerechnet werde, belaufe sich auf 375 Milliarden, die wenn sie in 33 Jahren bezahlt würden, sich mit Zinsen auf 463 Milliarden beliefen. Der Finanzminister sagte alsdann, die Summe der wieder nach Frankreich verbrachten Wertpapiere belaufe sich auf 8 Milliarden Franken. Nun erhebe sich die Frage: Kann Deutschland bezahlen? Das hänge von seiner Produktionsmöglichkeit ab. Vor dem Kriege habe man die Finanzkraft Deutschlands auf 10 Milliarden Goldmark berechnet. Man könne unter Berücksichtigung der jetzigen Preisregelung mit einem doppelten Betrage rechnen. Es sei sogar möglich, daß diese Summe übersteigen würde.

Deutschland könne also bezahlen,

wie viel und nach welcher Modalität, daß müsse die Wiedergutmachungskommission bis zur Festsetzung der definitiven Schuld am 1. Mai 1921 feststellen. Genügende Sicherheit für die Ueberwachung Deutschlands sei vorhanden. Er hoffe übrigens auch, daß im Völkerbund auch noch eine finanzielle Sektion angegliedert werde und daß die alliierten Staaten Frankreich Vorschüsse leisten werden. Die Verteilungsmethode der von Deutschland zu zahlenden Wiedergutmachung sei noch nicht festgesetzt.

In diesem Augenblick griff der Generalberichterstatter des Budgets, Louis Marin, ein und behauptete, Frankreich erhalte von Deutschland

kein Geld, sondern nur Waren.

Das veranlaßte den Minister Loucheur zu einer scharfen Entgegnung, indem er sagte, Ware sei auch Geld, er werde in seiner Rede feststellen, was Deutschland bezahlen könne, und welche Lasten man dem deutschen Steuerzahler auferlegen könne. Die Diskussion wurde hierauf auf kommenden Dienstag vertagt.

Unter diesen Umständen ist es zweifelhaft geworden, ob eine Abstimmung über die Ratifizierung schon in der kommenden Woche erfolgen kann, da zweifellos Minister Loucheur die Sitzung am kommenden Dienstag dazu verwenden wird, die wirtschaftlichen Friedensklauseln zu erörtern.

Zur Vereidigung der Beamten.

WTB. Berlin, 8. Sept. Von zuständiger Seite wird uns zu der Beamtenvereidigung geschrieben: Der Beamtenausschuß der deutschnationalen Volkspartei hat es für angemessen gehalten, den Beschluß, in dem er die vorgeschriebene Vereidigungsformel „als widersinnig und sprachwidrig" bezeichnet, der Reichsregierung zu übermitteln. Er erwartet wohl selbst nicht, daß sich die Regierung auf eine philologische Diskussion über die Bedeutung des Wortes „Treue" mit ihm einlassen werde. Der Sinn der Eidesformel ist klar für jeden, der sie verstehen will und ihr nicht innerlich widerstrebt. Denen, die es mit ihrer Ueberzeugung nicht glauben vereinigen zu können, sich der Republik zu treuem Dienst zu verpflichten, hat die Reichsregierung durch das „Gesetz über die Pensionierung von Reichsbeamten infolge Umgestaltung des Staatswesens" einen ehrenvollen Ausweg geöffnet. Beamte, die sich weigern sollten, den Eid in der vorgeschriebenen Form zu leisten, würden dadurch selbstverständlich ihr Verbleiben im Dienst der deutschen Republik unmöglich machen.

Deutsches Reich.

Schülerstreik in Hirschberg.

WTB. Hirschberg, 8. September. Wegen Entfernung der Kaiserbilder sind die Oberklassen des hiesigen staatlichen Gymnasiums in den Streik getreten.

Nur ein Dummerjungenstreich.

WTB. Stargard, 8. Sept. Das angebliche Attentat auf General von Lettow-Vorbeck sich als Dummerjungenstreich herausgestellt. Der Täter, ein 18jähriger Bursche, hat mit einer sogenannten Schreckschußpistole, wie sie von Kindern zum Spielen benutzt wird, einen Schuß abgegeben, bevor General von Vorbeck in den Wagen stieg. Er gibt die Tat unumwunden zu.

Berlins Oberbürgermeister und die Wohnungsnot.

WTB. Berlin, 8. Sept. Der Oberbürgermeister von Berlin hat an den Staatssekretär für Wohnungswesen ein Schreiben gerichtet, in dem er mit Rücksicht auf die Schwierigkeiten auf dem Berliner Wohnungsmarkt sofortige Anweisung an alle in Frage kommenden Ressorts erbittet, die sämtlichen Reichs- und Staatsbehörden und Kriegsgesellschaften, die Wohnungen belegt haben, bis zum 1. Oktober ds. Js. zwangsweise in Kasernen, Baracken, Schlössern usw provisorisch unterzubringen.

Ausland.

Vor neuen Aufständen in Aegypten?

WTB. Amsterdam, 8. Sept. „Morning Post" meldet aus Kairo, daß die nationalistischen Elemente an der Arbeit sind, um neue Unruhen hervorzurufen. Täglich werden sogenannte syndikalistische Organisationen gebildet.

Der Aufstand in Thrazien.

WTB. Amsterdam, 8. Sept. „Morning Post" meldet aus Athen, daß der Aufstand in Thrazien eine deutlicher Beweis ist, daß sich die dortige Bevölkerung von Amerika vorgeschlagenen bulgarischen Verwaltung West-Thrazien mit Waffengewalt widersetzen wird, wenn dieser Vorschlag vom Obersten Rat angenommen wird.

Halle und Umgebung.

Halle, den 9. September 1919.

Bankier Ernst und Anna Haaßengier-Stiftung.

Am 28. Oktober d. Js. findet wieder eine Verteilung der Zinserträgnisse der „Bankier Ernst und Anna Haaßengier-Stiftung" statt. Die Zinserträgnisse sollen Künstlern und Künstlerinnen bezw. Kunsthandwerkern zugute kommen. Berücksichtigt werden sollen vor allem:

1. tüchtige Opern-, Oratorien- und Konzertsänger und Sängerinnen;
2. auf dem Gebiete der Instrumentalmusik befähigte junge Leute:

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19190909015/fragment/page=0002

8. begabte Maler und Malerinnen auf dem Gebiete der Oelmalkunst, der Landschafts-, Genre- und Porträtmalerei usw.; 4. talentvolle Bildhauer.

Die Bewerber müssen die Künstlerlaufbahn zu ihrem Lebensberuf erwählt und ihre wirkliche Befähigung für diese dargetan haben.

Weiter sollen Unterstützungen gewährt werden auch an solche junge Männer, welche sich auf dem Gebiete des Kunsthandwerks durch hervorragende künstlerische Leistungen hervorgetan haben.

Voraussetzung der Gewährung von derartigen Stipendien ist, daß die Bewerber in dürftigen Verhältnissen lebend, wirklich der Beihilfe benötigen, um ihr Talent nicht durch äußere Not verkümmern zu lassen. Weiter aber müssen sie: a) Kinder hallischer Bürger sein, b) das 18. Lebensjahr überschritten haben, c) durch mindestens ein- oder zweijährigen Besuch von Konservatorien, Hochschulen, Akademien oder ähnlichen Ausbildungsinstituten oder auch durch Unterricht bei Privatlehrern oder Privatlehrerinnen ihren Studien mit Erfolg obgelegen haben. Möglichst sollen sie alle ihre Studien in Halle begonnen und hallische Institute zwei bis 3 Jahre zwecks ihrer Ausbildung besucht haben.

Um dem Vorstande eine einheitliche gründliche Prüfung der eingehenden Gesuche zu ermöglichen, ist von jedem Bewerber zunächst ein Fragebogen auszufüllen, welcher im Büro für Stiftungssachen, Kl. Steinstr. 8, 1 Treppe, Zimmer 22, unentgeltlich verabfolgt wird. Bewerbungen werden nur bis zum 20. September, entgegengenommen. Später eingehende Gesuche bleiben unberücksichtigt.

Im Verkehr mit Italien sind ab 1. September Prosfetelegramme unter Bedingungen Kapitel 14 der Ausführungsübereinkunft zum internationalen Telegraphenvertrage zugelassen. Wortgebühr 20 Pfg.

Ein Lazarettzug mit 186 heimkehrenden Kriegsgefangenen aus französischen Lazaretten in Le Mans, St. Quentin, Laon und Amiens traf letzte Nacht gegen 2 Uhr auf dem Güterbahnhofe hier ein. Die Heimkehrer waren alle krank und verwundet und leider waren auch viele dabei, die bei den Aufräumungsarbeiten und besonders beim Ausgraben der Blindgängerarg beschädigt werden sind. Sie waren mit einem französischen Lazarettzug bis Köln gebracht und dort von dem deutschen Lazarettzug übernommen. Auf feindlichem Gebiete vor Herbesthal waren sie von der Bevölkerung noch mit Steinen beworfen. Um so herzlicher war dann der Empfang auf deutscher Seite. Die deutschen Sanitäter hatten ihren Lazarettzug reichlich mit Fahnen, Blumengewinden und Willkommenschildern geschmückt und hatten alles getan, um den Heimkehrenden die Freude über die endliche Auslieferung zu zeigen. Bei uns in Halle waren der Chefarzt der hallischen Lazarette, Herr Dr. Nommel, mit seinem Stab und die Freiwillige Sanitäts-Kolonne, sowie die Damen der hallischen Kriegsgefangenenheimehr unter Leitung des Herrn Tittel betreut, den Heimkehrenden die Liebe und Freude der Heimat zum Ausdruck zu bringen. Einer der Heimgekehrten schrieb an seine Eltern: „Der Empfang war im ganzen deutschen Vaterlande überaus herzlich und wir sind überglücklich, weil wir doch nun wissen, daß wir in der deutschen Heimat nicht vergessen waren.“ Bedauert wurde von vielen Heimgekehrten, daß die Regimentsmusik nicht zur Stelle war.

Der Hallische Allgemeine Studentenausschuß fordert seine Komilitonen, die nicht am Zwischensemester teilnehmen können, zu wertätiger Arbeit zugunsten unseres notleidenden Vaterlandes auf. Der Segen einer solchen sozialen Beschäftigung liegt in der Arbeit selbst. Ohne auf den Dank irgend einer Richtung zu rechnen, will die akademische Jugend allen Volksklassen erneut das Beispiel hingebender Vaterlandsliebe geben. Komilitonen schickt Eure Anschrift an den A. St.-A. Halle-Burse zur Tulpe.

Die Entomologische Gesellschaft hat ihre nächste Sitzung am Mittwoch, abends 8½ Uhr, im Restaurant St. Nikolaus. Gäste sind willkommen.

Ein Kinderfest in der Stadtmission vereinigte am Sonntag nachmittag die Jugend aus dem Hoffnungsbund des Blauen Kreuzes und auch die Mitglieder des Franckebundes hatten ihre Kleinen zahlreich geschickt. Glücklich durften die Veranstalter allen, die den Beutel zücken wollten, sagen: „Es kostet nichts.“ Dankerfreudige Seelen halten ihnen die Hände mit allem Möglichen gefüllt, so daß sie die nach Hunderten zählende Schar nicht nur mit Kaffee und Kuchen bewirten, sondern auch jedem ein kleines Geschenk mitgeben konnten. Mit gemeinsamen Gesängen, Vorträgen der Kleinen, Schmaus und Spiel verging rasch die Nachmittagsstunden. Und die Alten saßen vergnügt dabei und freuten sich mit und an der Jugend.

Ein neues Konzertcafé. Die Konditorei Schmauch, früher Wehage, Berthurger Str. 9, wird heute nachmittag 3 Uhr eröffnet.

Zur Beseitigung eines Bodenkammerbrandes wurde die Feuerwehr nach der Dieskauer Straße gerufen. Nach kurzer Tätigkeit der Wehr war die Gefahr beseitigt.

Ueberfall. In letzter Nacht wurde ein Arbeiter auf dem Heimweg in der Nähe des Rosengartens von einem Schlosser überfallen und erheblich verletzt. Der Schlosser, der festgenommen wurde, trug einen Revolver bei sich.

Gefährlicher Bursche. Ein Arbeiter, der auf der Straße die Passanten mit einem Messer bedrohte, setzte dem Beamten, der ihn zur Wache führte, tätlichen Widerstand entgegen, so daß der Beamte von seiner Waffe Gebrauch machen mußte.

Der Münchner Geiselmord vor Gericht.

S. & H. München, 6. September.

VII.

Nach der Vernehmung des Redakteurs Schmidt von den „Münchner Neusten Nachrichten“, der über die Vorgänge im Luitpold-Gymnasium am Morgen der Erschießung Auslagen macht, und der zugegen war, als die 10 Opfer Seidls erschossen wurden, kommt es zu einem

heftigen Zusammenstoß zwischen dem Vorsitzenden, dem Staatsanwalt und der Verteidigung,

da der Staatsanwalt Protest gegen die Anwesenheit der schon mehrfach genannten Lilli Kramer bei den Zeugenverhandlungen erhebt. In der Folge erklärt Rechtsanwalt Liebknecht, daß er sich von Anfang an klar darüber gewesen sei, daß nach dem Beispiel der vorausgegangenen Prozesse die Anwälte in München nicht auf Rosen gebettet sein würden. Die Haltung des Gerichts in diesem Prozeß übersteige jedoch alles, was er bisher an unwürdiger Erfahrung kennengelernt habe. Der Vorsitzende wies die dem Gericht gemachten Vorwürfe entschieden zurück. Das Gericht sei verpflichtet, jeden Verkehr der Angeklagten mit der Außenwelt, auch mit den Rechtsbeiständen, zu überwachen.

In der fortgesetzten Beweisaufnahme über die Zustände im Geiselteller werden nunmehr alle die Personen vernommen, die ebenfalls als Geiseln verhaftet waren, die es jedoch irgend einem Glücksfall verdanken, daß sie nicht ebenfalls erschossen worden sind. So bekundet der Hauptlehrer Bund, daß er eines Nachts aus dem Bett geholt, verhaftet und auch gleich mit Erschießen bedroht worden sei. Ueber die Erschießung der beiden Husaren gibt der Zeuge an, daß er den Eindruck hatte, es sei auf die Beiden ohne ein Komando geschossen worden. Es war ungefähr so, wie wenn man einen Hühnerstall aufmacht und dann die Hühner herausflattern. Genau so war es, als Haußmann die Tür zur Wachstube aufriß, worauf gleich zehn bis zwölf Mann herausstürmten und in unregelmäßigen Abständen auf die beiden Husaren schossen. Der greise Professor Berger habe sich selbständig einer zum Abmarsch bereiten Gruppe angeschlossen, offenbar in der Meinung, daß es zu einer Vernehmung gehe. Er wurde dann mit fortgeschleppt und ebenfalls erschossen. Am Tage nach der Erschießung wurde im Gymnasium Zithermonika gespielt, getanzt und auch viel getrunken.

Der frühere Unteroffizier Donerbauer wurde auf offener Straße verhaftet, weil er an seiner Uniform noch die Unteroffizierstreifen trug. Nach seiner Einlieferung ins Gymnasium hat er gesehen, daß Hesselmann die Namen der Geiseln auf einen Block aufschrieb. Diese Notizen hat Haußmann dann mit einem roten Stift angestrichen und Hesselmann hat hinter jeden einzelnen Namen geschrieben: „Erschießen.“ Donerbauer, der wiederholt vom Vorsitzenden darauf aufmerksam gemacht wird, daß Hesselmann jedes Verschulden in Abrede stellt, bleibt dabei, daß dieser in der angegebenen Weise tätig gewesen sei. Er habe hinter ihm gestanden und ihm während der Niederschrift über die Schulter gesehen. Das Wort „Erschießen“ habe er mehrmals deutlich gelesen.

Ein weiterer Zeuge Schwarzmeyer war unter dem Vorwand festgenommen worden, daß er mit der Weißen Garde telephoniert und telegraphiert habe. Er wurde auch ins Gymnasium gebracht und kam gerade heraus, als Haußmann zu dem Angeklagten Gell und Hesselmann sagte: „Jetzt gibt's ein Geschäft, jetzt werden's erschossen.“ Der Zeuge hat auch gehört, wie der Prinz von Thurn und Taxis Seidl noch einmal um sein Leben anflehte und dabei u. a. sagte: „Ja, glauben Sie denn, daß ein Reichsjurist mit einem zerrissenen Kittel herumläuft? Ich bin doch nur der Prinz Thurn und Taxis.“ Der Unglückliche wurde aber kurz abgefertigt und war wenige Minuten später eine Leiche.“

Der Polizei-Aumüller kam nach seiner Verhaftung auf der Polizeidirektion mit den Mitgliedern der Thule-Gesellschaft zusammen. Bei der Vernehmung der Leute wurde weder von Lebensmittelbeziehungen, noch von Plünderungen gesprochen. Es ging ganz kurz und bündig her; wer nicht eingestand, wurde von Egthofer und einem Kunstmaler Seiler ins Gymnasium geschickt. Den Geiseln wurde gesagt, wer unterwegs fliehe, wurde niedergeschossen werden. Der Zeuge blieb mehrere Tage im Geiselteller und hat erschütternde Einzelheiten bekannt, wie die Geiseln mehr und mehr abstarben und sich in Nervenerschütterungen und Krämpfen wanden. Der Oberstleutnant Baumenhang, der schwer verletzt war und blutete, wurde von Seidl jedesmal, wenn er sich beschwerte, mit dem Revolver bedroht und aufgefordert, das Maul zu halten. Die Gräfin Westarp versuchte vergeblich, bei Seidl eine Besserung ihrer traurigen Lage zu erreichen. Auch ihr hielt Seidl den Revolver vor das Gesicht und, als sie trotzdem weitersprach, entsicherte er die Waffe. Unterwegs beim Transport wurde das Publikum dadurch irregeführt, daß die Notgardisten schrien, die Geiseln seien Plünderer, worauf die Menge zum Teil noch „Bravo“ rief und auf die Transportierten einzudringen suchte. Ein Protokoll wurde überhaupt nicht aufgenommen. Seidl selbst schrieb die Namen auf und sagte in außerordentlich zynischer Weise:

„In den Keller mit den Schweinen!“

Am letzten Abend vor der Hinrichtung war Geschützdonner hörbar und darauf rückten einige Notgardisten aus. Der Zeuge, der erschossen werden sollte, begegnete unterwegs Haußmann und Seidl. Sie unterhielten sich einige Zeit über ihn und gaben ihm schließlich einen Entlassungsschein.

Die Vernehmung des früheren Vorsitzenden des Revolutionstribunals Gronauer erfolgt nunmehr. Er bekundet: „In München war damals eine Verhaftungsmanie eingerissen, die ein Seitenstück nur in der von 1914 hatte, als jeder Mensch nur als Spion galt. Gegen diese Manie wurde ich beim Stadtkommandanten wie auch beim Vollzugsausschuß wiederholt vorstellig, erreichte aber nichts. Bei einem telephonischen Anruf bei seinerhalb sagte Egelhofer zu mir: „Komm daß gleich mal herüber. Wir haben Kerle hier, die Sicempel gefälscht haben.“ — Der Zeuge wohnte dann einer Vernehmung des Neuhaus bei, der ein Buch der Thule-Gesellschaft vorlegte, in dem sämtliche Namen der Mitglieder enthalten waren. Darauf erklärte Egelhofer: „Wenn ich die alle erschießen sollte, das gäbe etwas Schönes.“

Provinzial-Nachrichten.

Torgau, 8. Sept. (Zum Doppelmord.) Eine Belohnung von 1000 Mark wird auf die Ermittlung des Mörders der Witwe Kirchhöfer und ihrer Tochter ausgesetzt. Unter dem Verdacht des Doppelmordes ist der Sohn Hermann Kirchhöfer verhaftet worden, doch ist die Untersuchung bisher nicht weiter gefördert; er bestreitet jede Schuld und jede Mitwisserschaft.

* Calbe, 5. September. (Polnische Zwiebelaufkäufer.) Unsere Zwiebeln erweisen das Begehren der Polen, und so haben sie eine Anzahl Aufkäufer in die Kreise Bernburg und Calbe gesandt. Sie bieten und zahlen Preise, die die Höchstpreise um ein Vielfaches überschreiten. An zuständiger Stelle ist man auf die polnischen Gäste bereits aufmerksam geworden und man dürfte ihnen wohl bald ihr Handwerk legen.

* Magdeburg, 5. Sept. (Ankauf militärischen Besitzes.) Die Stadt Magdeburg will die Zitadelle, das riesige alte Bollwerk an der Elbe, vom Reichsmilitärfiskus kaufen und zur Beschäftigung von Arbeitslosen und zur Gewinnung von Baumaterial abbrechen lassen. Der Fiskus kann sich jedoch augenblicklich zum Verkauf noch nicht entschließen, da dort noch große Heeresbestände lagern. Auch die gesamten Forts will die Stadt kaufen. Drei sind schon jetzt für große gärtnerische Anlagen bestimmt und werden nach Uebereignung entsprechend ausgebaut. Weiter beabsichtigt man den inmitten der Stadt liegenden großen Schrotexerzierplatz, auf dem gegenwärtig die landwirtschaftliche Ausstellung vorbereitet wird, und den über 1 Quadratkilometer großen Exerzierplatz Kleiner Krakauer Anger zu kaufen. Die Antwort des Fiskus steht noch aus.

Vermischtes.

Eine Banknotenfabrik ausgehoben.

Für 300 000 Mark falsche Scheine.

In Friedrichsthal wurde am Sonnabend eine Falschgeldfabrik, die seit sechs Wochen mit Hochdruck arbeitete, Falschgeldbearbeitungsstelle Wochen mit Hochdruck arbeitete, von der Falschgeldbearbeitungsstelle der Reichsbank ausgehoben. Dort hatte der Buchdrucker Karl Borowski, der früher in einem Berliner Betriebe beschäftigt war, ein leerstehendes kleines Landhaus mit buschigem Garten gepachtet, um angeblich die Sommerferien darin zu verbringen und gleichzeitig Sommergäste aufzunehmen. Es traf dann auch bald ein Gast namens Wonczek ein, der sich für einen österreichischen Offizier ausgab. In Wirklichkeit richtete Borowski sein Anwesen zu einer Fabrik zur Herstellung von falschen Fünfzigmarkscheinen ein. Die Presse ging Tag und Nacht. Der österreichische Offizier war der Gehilfe des Fälschers. Frau Borowski stand, während die Presse lief, in dem Gebüsch des Gartens stets auf Posten, um den Betrieb vor einem überraschenden Besuche zu schützen. Auch die beiden 12 und 14 Jahre alten Kinder Borowskis mußten mithelfen. Sie mußten nicht nur bei der Herstellung der Scheine Handreichungen leisten, sondern auch die fertigen Scheine den Vertreibern zutragen. Als jetzt für 300 000 Mk. falsche Fünfzigmarkscheine hergestellt waren, gedachte Borowski eine Pause zu machen, um zunächst für den ganzen Absatz seiner Fabrikate zu sorgen. Um sie fremden Augen zu entziehen, nahm er die Presse auseinander und vergrub sie mit den übrigen Werkzeugen im Garten.

Unterdessen kam die Reichsbank-Falschgeldbearbeitungsstelle dem Betriebe auf die Spur. Sonnabend nachmittag suhr Kriminalkommissar v. Liebermann mit mehreren Beamten nach Friedrichsthal hinaus. In dem Garten fielen sofort frische Spuren auf, und beim Nachgraben wurden verborgene Maschinenteile und Werkzeuge aufgefunden. Auf dem Boden des Hauses überraschten die Beamten die beiden Kinder, die gerade dabei waren, einen Haufen fertiger Scheine zu zählen. Borowski, dessen ganze Familie, ebenso Wonczek, wurden verhaftet und nach Berlin gebracht. Der „österreichische Offizier“ Wonczek entpuppte sich als ein reichsdeutscher Heimarbeiter, dieses Namens, der früher für eine Filmtitelfabrik tätig wir.

Feuer auf einem amerikanischen Lebensmitteldampfer.

WTB. Bremerhaven, 8. September. Der im hiesigen Kaiserhafen liegende amerikanische Lebensmitteldampfer „Tomans“, der Gefrierfleisch gebracht hat, geriet am Sonntag früh in Brand. Schon auf der Fahrt nach Rotterdam wurde Feuer an Bord bemerkt, das jedoch anscheinend behoben zu sein schien. Als der Dampfer aber hier festgemacht hatte, stellte sich heraus, daß sich das Feuer über das ganze Vorderschiff verbreitet hatte. Trotz angestrengter Löschversuche mit 23 Schlauchleitungen ist das Vorderteil des Schiffes, das unter Wasser gelegt werden mußte, vollständig ausgebrannt. Der Schaden beziffert sich auf viele Millionen.

Eine schlesische Kirche infolge Blitzschlags niedergebrannt.

WTB. Hirschberg, 8. September. Infolge Blitzschlags ist in Schönwaldau, Kreis Schönau, die evangelische Kirche abgebrannt. Sie war eine der wenigen noch vorhandenen Holzfachkirchen Schlesiens und barg einige wertvolle Holzschnitzereien.

Sport-Nachrichten der „Saale-Zeitung“.

Verband Mitteldeutscher Ballspielvereine.

(Eigener Bericht der Saale-Zeitung.)

In der, ob ihrer wegen sportlichen Betätigung rühmlichst bekannten Stadt Cöthen, trat am 6. September der Verband Mitteldeutscher Ballspielvereine zu seinem Verbandstag zusammen, dem ersten nach Kriegsende. Um 7 Uhr eröffnete der 1. Vorsitzende Hädicke-Halle, den Verbandstag mit einer herzlichen Begrüßungsansprache. Die Grüße des Gaues Anhalt sprach Dr Hofmann-Zerbst, die der Feststadt Ewald Dehnele (Cöthen 1902) aus. Festgestellt wurde, daß 238 Vereine mit 388 Stimmen vertreten waren. Der Vorsitzende verteilte sodann die Meisterschaftsdiplome für 1919 und übergab dem neuen Verbandsmeister, Halle 96, den Ehrenpokal. Zur Neuaufnahme hatten sich vier Vereine gemeldet, für 11 Vereine war die Aufnahme bereits ausgesprochen.

In großen Zügen erstattete dann Hädicke-Halle den Jahresbericht, in dem er besonders auf die Neuordnung des Verbandes einging, der durch die Kreiseinteilung mit großzügiger Selbstverwaltung auf eine neue Grundlage gestellt ist, die Gewähr für eine gedeihliche Weiterentwicklung bietet. Eine rege Aussprache knüpfte sich daran, in der verschiedene Vorkommnisse innerhalb des Verbandes zu besprechen. Aus dem von Hoffmann-Leipzig erstatteten Kassenbericht ist hervorzuheben, daß der Verband am 30. Juni 1919 über ein Vermögen von 16 689 Mk. verfügte, an dem noch 6000 Mk. Kriegsanleihe kommen. Der Kassenbericht für das 1. Halbjahr 1919 schließt mit 29 698 Mk. in Einnahme und Ausgabe ab. Auch hierzu wurden mehrfache Wünsche geäußert, besonders bezüglich der Unfallversicherung. Einstimmig wurde im Anschluß daran dem Verbandsvorstand, dem Spiel- und Satzungsausschuß Entlastung erteilt. An die Beratung des Voranschlages, der mit 42 000 Mk. in Einnahme und Ausgabe abschließt, knüpfte sich gleichfalls eine großzügige Debatte. Besonders wurde eine noch regere Werbetätigkeit gewünscht. Obwohl der Verband jetzt mit über 40 000 Mitgliedern den besten Friedensstand schon übersteigt, ist er noch sehr ausdehnungsfähig. Der Voranschlag fand Annahme, ebenso die Erhebung einer Kopfsteuer von 80 Pfg., wovon den Kreisen 40 Pfg. zur freien Verwendung überwiesen werden sollen. Gleichfalls zugestimmt wurde nach regem Meinungsaustausch der Arbeitsgemeinschaft mit den für das Verbandsgebiet zuständigen Turnkreisen IIIc, XIII und XIV. Es steht danach den Mitgliedern beider Organisationen frei, sich an gegenseitigen Veranstaltungen zu beteiligen, wobei sie sich den nach norddeutschem Muster aufgestellten besonderen Wertungsbestimmungen zu unterwerfen haben. Von diesem freundschaftlichen Gegenseitigkeitsverhältnis erwartet man eine kräftige Belebung des gesamten Sports. — Der nächste Verbandstag soll in Dresden abgehalten werden. — Nach Entgegennahme verschiedener Wünsche bezüglich der weiteren Ausgestaltung des Verbandes, besonders der Presse, wurden gegen Mitternacht die Verhandlungen geschlossen.

Der deutsche Fußballbund und das Ausland.

Der deutsche Fußballbund hatte bis zum Ausbruch des Krieges einen ziemlich regen internationalen Verkehr mit dem Auslande. Seit 1908 bis 1914 hatte er insgesamt 30 Spiele mit fremden Staaten gespielt. Der Erfolg unserer deutschen Verbandsmannschaft bei diesen Spielen war nicht übermäßig groß. Gewonnen wurden 6 Spiele, 5 endeten unentschieden und in 19 Spielen mußten die Deutschen Niederlagen hinnehmen. Das Torverhältnis beträgt 71:96. An diesen Spielen haben zusammen 104 Spieler aus verschiedenen Verbänden teilgenommen. Süddeutschland hat 31 Spieler gestellt, Berlin 28, Norddeutschland 19, Mitteldeutschland 16 und Westdeutschland 10. Die meisten Spiele hat Kipp, Süddeutschland und Uzi, Mitteldeutschland mit je 15 Spielen; Werner, Norddeutschland war in 13 Spielen tätig, Jäger, Norddeutschland und Förderer, früher Süddeutschland, in je 11 Spielen und Burger, Brennig, beide Süddeutschland, Röpnack, Berlin und Hempel, Mitteldeutschland in je 10 Spielen. Die übrigen Spieler waren teilweise nur einmal für den deutschen Fußballbund tätig. An Mitteldeutschen Spielern haben noch gespielt: Albrecht, Uhle, Völker, Rise, Rockosch, Richter, Reißlau, Bert, Schneider, sämtlich Leipzig; Neumann, Dresden; Matthes, Magdeburg und Gädelein, Halle.

Rudersport.

Der Hallische Ruderklub veranstaltete gestern, Sonntag, nachmittag auf der alten Rennstrecke zwischen der Rabeninsel und der Weinecksschen Mühle seine 24. innere Vereins-Regatta, die unter starker Teilnahme der Bevölkerung, von Ruderfreunden und bei schönstem Wetter ausgefahren wurde. Das Programm konnte zwar nicht ganz durchgeführt werden, der vorgeführte Sport aber war gut und gereicht den einzelnen Ruderern zur Ehre. Das erste Rennen, ein Meisterschafts-Zweier um zwei kleine goldene Rismen für die Sieger im Stiftrudern und eine Erinnerungsgabe für den Steuermann, war bereits am Vormittag im Anschluß an die Vorrennen ausgefahren worden. Um 3 Uhr wurde dann die Regatta in noch zehn Rennen fortgesetzt, an dem sich jedesmal zwei bis drei Boote beteiligten. Den Höhepunkt bildete das Schlußrennen zwischen zwei großen Achtern, das sehr scharf gefahren und mit nur geringem Vorsprung des einen Bootes entschieden wurde. Weniger aufregend gestaltete sich das an sich gleichfalls besonders interessante Gig-Einer-Rennen, in dem die beiden beteiligten Boote in großem Zwischenraum durchs Ziel gingen. Der Wanderpreis von der Rabeninsel, ein Ehrenpreis Meisterschaftsband und ein Erinnerungszeichen für den Sieger, wurden hier nach verhältnismäßig schwachem Kampf gewonnen. Gelegentlich der Regatta konnte Herr Fabrikbesitzer Johannes Graeb nach der Taufe eines Gig-Viers vorliegen, den der Klubvorsitzende, Herr Fabrikbesitzer Stephan, als Ehrenvor-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19190909015/fragment/page=0003

sitzender des Schülerrudervereins der städtischen Oberrealschule diesem gestiftet hatte. Mit einigen kernigen Worten übergab er sie dem Schülerverein und taufte sie nach dem Wunsche des Stifters auf den Namen des Herrn Direktors Dr. Schotten. Mit der Preisverteilung schloß die Veranstaltung.

Verschiedenes.

Zu einem Gesellschaftsspiel trafen sich am letzten Sonntag der „Hallische Lawn-Tennisklub" und die „Tennisabteilung des Akademischen Turnvereins", für das der Tennisklub in liebenswürdigster Weise Gastfreundschaft gewährte. Mit 10:5 Punkten konnte der Tennisklub den Sieg davontragen, ein Ergebnis, das wohl nicht ganz der tatsächlichen Spielstärke der beiden Klubs entspricht, da einige Damen und Herren auf beiden Seiten fehlten. — Unerwartet kam der glatte Sieg von Werner Jaesker (A. S. V.) über Sulima mit 6/2 6/3, denn Sulima hatte kurz vorher in Magdeburg eine recht gute Form gezeigt. Aber mit seinem weichen, ganz auf Verteidigung eingestellten Spiel konnte er gegen die schnellen und genauen Schläge seines Gegners nicht ankommen. Jaesker dürfte zurzeit der stärkste Spieler im Einzel hier am Orte sein; schade, daß er fast auf jedes Flugballspiel verzichtet und nur gewungen ans Netz geht. — Auch im Damen-Einzel war der Sieg beim ersten Stande auf seiten des A. S. V., Frl. Esyoldt fand bei Frl. Wegener keinen nennenswerten Widerstand, an deren Stelle wir lieber Frl. Rudolphi gesehen hätten. Bei besserer Lauftechnik und mehr Kopfspiel würde Frl. Esyoldt bald für jede Spielerin der ersten Klasse eine ernsthafte Gegnerin werden. — Im Herren-Doppel ging der A. S. V. glatt ein, die Brüder Laesker geg. Frank-Sulima u. Siemens-Dreyer geg. Sack-Werther 6/4 6/4 bzw. 6/2 6/4. Die vier Herren vom Tennisklub leisteten am Netz Vorzügliches (Sacks Schmetterball!). So lange das Flugballspiel im A. S. V. nicht mehr gepflegt wird, werden seine Spieler im Doppel immer wenig Erfolge sehen, was auch nachher im gemischten Doppelspiel in Erscheinung trat. Zu erwähnen sind noch von den anderen Spielern vom Klub: Mausshaake, Werther und Scharf und Frl. Rudolphi, die anfängt, in die Fußstapfen ihrer älteren Schwestern, der bewährten Hallischen Tennismeisterinnen, zu treten, und vom A.S.V. Siemens, Dreyer, Andres, Rabe und Frl. Rehmitz.

Es sei bei dieser Gelegenheit darauf hingewiesen, daß in den Tagen vom 25. September bis 1. Oktober ein allgemeines Hallensser Tennisturnier gemeinsam vom Hallischen Lawn-Tennis-Klub und Akademischen Sportverein veranstaltet wird. Dieses soll einmal alle Tennis spielenden Damen und Herren von Halle zusammenführen und gleichzeitig unserem schönen Sport weitere Freunde werden. Eine Anzahl Preise sind bereits in liebenswürdigster Weise gestiftet worden und auch die Ballstage ist bereits zur Zufriedenheit gelöst. Näheres wird bald bekanntgegeben werden.

Handel, Gewerbe und Verkehr.

Englands Verdrängung vom Weltmarkt.

In der letzten Zeit ist wiederholt auf die Sorgen Englands wegen der wachsenden amerikanischen Konkurrenz hingewiesen. In der Tat tun zahlreiche Tatsachen dar, wie weitgehende Vorkehrungen die Amerikaner getroffen haben, um mit Aufbietung aller Kräfte ihre Waren im englischen Markte unterzubringen. Britische Fabrikanten fangen an, den Ernst der Lage einzusehen, und auch nüchtern denkende britische Arbeiterführer können sich nicht länger der Erkenntnis der drohenden Gefahr verschließen.

Nach der „Deutschen Bergwerks-Zeitung" hat sich der Sekretär des Generalverbandes der Gewerkschaften, W. A. Appleton, angelegen sein lassen, eine Reihe englischer und amerikanischer Eisen- und Stahlmaterialpreise in einer Vergleichstabelle zusammenzustellen, zu der zu bemerken ist, daß bei den angeführten englischen Preisen die vor einigen Tagen eingetretene Erhöhung der Kohlenpreise um 6 per To. bereits Berücksichtigung gefunden hat:

(per To.)	England	Amerika
Schienen	Pfd. St. 17.10.—	Pfd. St. 10
Schiffsplatten	Pfd. St. 19	Pfd. St. 14
Stangen (Crown bars) . .	Pfd. St. 22.10.—	Pfd. St. 11.15.—
Nobeisen	Pfd. St. 9	Pfd. St. 6

Appleton erklärt, daß bereits im Herbst des Jahres 1918 Frank Hayes, der Präsident des amerikanischen Bergarbeiterverbandes, der mehr Staatsmann als Wirtschaftspolitiker ist, mit einem sachverständigen Kollegen nach Europa gekommen ist, um mit dem damals in Paris weilenden Präsidenten Wilson die Mittel und Wege zu besprechen, wie die europäischen Märkte am besten für die Einfuhr amerikanischer Kohlen geöffnet werden könnten. Was diese beiden Männer erreichten, mag am klarsten aus dem Telegramm hervorgehen, das sie bei Antritt ihrer Heimreise nach drüben kabelten und in dem sie berichteten, daß ihre Mission erfolgreich gewesen und daß ihnen von seiten der amerikanischen Regierung jede mögliche Hilfe in Aussicht gestellt worden sei.

Appleton beklagte sich weiterhin darüber, daß seit Unterzeichnung des Waffenstillstandsvertrages von seiten der britischen Fabrikanten kein gemeinsamer Versuch gemacht worden sei, ihren Ueberseebandel auszudehnen, während die Schiffsraumnot, unter der Großbritannien mehr als irgendein anderes Land zu leiden hat, nach wie vor zu den größten Befürchtungen Anlaß gibt. Anstatt eine gesteigerte Tätigkeit zu entfalten, führen industrielle Unruhen zu fortwährenden Lohnerhöhungen, Abkürzung der Arbeitszeit und Verringerung der Arbeitsleistung, die, wenn das so weiter fortgeht, den Wettbewerb mit anderen Ländern vollständig unmöglich macht. Die Verstaatlichungspläne der Regierung, die während der letzten Wochen im Lande so viel Staub aufgewirbelt haben, sind weiterhin Faktoren, die dazu angetan sind, kommerziellem Unternehmungsgeist und industrieller Entwicklung einen Hemmschuh anzulegen. Während England schläft, sind seine beiden gefährlichsten Konkurrenten, Japan und Amerika, nicht müßig. Bereits während des Krieges haben diese beiden guten Freunde in den britischen Ueberseebandel tiefe Breschen geschlagen, und zwar auch in solchen Märkten, „die geographisch in den Bereich des britischen Reiches gehören". Japanische Waren finden selbst im englischen Markte bereits in immer größeren Mengen und Varietäten Absatz. Amerika lockert seine neuen Kunden durch lange Kredite, ein Geschäftsgebahren, das dem Engländer im Grunde seiner Seele verhaßt ist. Mit der Construction Métallique, einem belgischen Metallunternehmen, haben die Amerikaner soeben für die Lieferung sämtlicher Maschinen und Werkzeugmaschinen, als Ersatz für die von den Deutschen weggebrachten Einrichtungen, einen großen Kontrakt abgeschlossen, und zwar zu den Preisen von 1914 plus 55 Prozent, unter Einräumung eines dreijährigen Kredits bei billigem Zinsfuß, während die Lieferung in verhältnismäßig kurzer Zeit erfolgen wird.

Von der neuen Prämienanleihe.

Die im Reichsfinanzministerium schwebenden Beratungen über die Flüssigmachung des Neunmilliardenkredits haben bisher noch keinen Fortschritt ergeben. Es bleibt somit noch ungewiß, ob nur eine Prämienanleihe oder auch etwa andere festverzinsliche Obligationen Schatzanweisungen oder Reichswechsel zur Ausgabe gelangen. Die Kredite sollen bekanntlich Verwendung finden, um einen Teil der schwebenden Schuld des Reiches bei der Reichsbank abzutragen. Die Reichsbank dürfte durch diese Maßnahme eine erwünschte Aktionsfreiheit erhalten, um sich bei der bevorstehenden Aufhebung der Devisenordnung ihrer grundsätzlichen Aufgabe der Regelung des Markkurses besser widmen zu können. Das Gesetz betreffend einen Anleihekredit für das Rechnungsjahr 1919" sieht vor, daß die Anleihebäude sämtlich oder teilweise gegen ausländische oder auch nach einem bestimmten Wertverhältnis gleichzeitig auf in- und ausländische Währungen sowie im Auslande zahlbar gestellt werden. Nun ist die Unterbringung von Anleihen im Auslande zur Zeit nicht ohne weiteres möglich und Zahlungskraft zwar erwünscht. Es muß jedoch ein Weg gefunden werden, um in Zukunft der Gefahr einer Vermögensverschiebung ins Ausland zu begegnen, wie sie doch erst jüngst im Falle der Frankfurter Stadtanleihe unzweifelhaft vorgekommen ist. Der „glänzende Erfolg" dieser Stadtanleihe bei der Zeichnungsauflage in Holland ist, wie die „Deutsche Allg. Ztg." hervorhebt, an sich kein Beweis dafür, daß das Ausland einem Erwerb deutscher Anleihen besonders geneigt ist, denn er beruhte erwiesenermaßen zu einem sicherlich nicht gering zu schätzenden Teil auf deutschen Zeichnungen, durch welche eine Vermögensverschiebung nach Holland bewirkt worden ist; nur zum kleinen Teil dürfte die Anleihe überhaupt von Ausländern tatsächlich zur Vermögensanlage benutzt worden sein. Derartigen Geschäften muß unter allen Umständen bei der bevorstehenden Ausgabe neuer Auslandsanleihen ein Riegel vorgeschoben werden. Die Emissionshäuser müssen zu einer peinlich-gewissenhaften Ueberwachung der Zeichnungsauflage angehalten werden. Es geht nicht an, daß, wie im Falle der Frankfurter Stadtanleihe, in holländischen Blättern Anzeigen erschienen mit dem Hinweis, daß alle diejenigen, die in Deutschland Marktguthaben besitzen, die Gelegenheit hätten, die Stücke in Deutschland zu bezahlen und in Holland in Empfang zu nehmen. Das Anleihekonsortium der Frankfurter Stadtanleihe ist zwar selbst mit derartigen Anzeigen nicht hervorgetreten; diese waren vielmehr ein Werk der Firma Hendrik Sichel & Co. in Amsterdam, die ihrerseits mit der Düsseldorfer Firma Sichel & Co. in Verbindung stand.

Zur Frage der Exportmindestpreise

wird dem „B. T." geschrieben: Deutschland muß exportieren, um Devisen zu erhalten. Vielfach sind für die Exporteure Mindestverkaufspreise vorgeschrieben. Der Exporteur muß sich notgedrungen mit ihnen abfinden, wenn er überhaupt exportieren will. Man sollte annehmen, daß die in Frage kommenden Stellen in der Lage sind, auf Anfrage interessierter Exporteure die Mindestpreise bekanntzugeben; denn wenn schon Mindestverkaufspreise eine große Behinderung des Exports darstellen, so wird diese Behinderung zu einer reinen Unmöglichkeit des Exports in solchen Fällen, in denen die in Frage kommenden Stellen die Mindestverkaufspreise nicht anzugeben vermögen. Auf die Anfrage einer Hamburger Exportfirma bei der Außenhandelsnebenstelle für Kleinei[illegible]waren und Waffen, Elberfeld, über die Mindestausfuhrpreise für Radschlösser hat nämlich die Exportfirma von der genannten Außenhandelsnebenstelle wörtlich folgenden Bescheid erhalten: „Da bezüglich der Mindestausfuhrpreise für Radschlösser Unklarheiten herrschen, können Ihnen die Mindestausfuhrpreise erst in absehbarer Zeit mitgeteilt werden." — Ein Kommentar zu diesem Bescheid der Außenhandelsnebenstelle erscheint überflüssig.

Börsenstimmungsbild.

Berlin, 8. September. Die Kauflust für Auslandswerte und deutsche Aktien mit Valutacharakter zieht an der Börse weitere Kreise, wenn auch in einzelnen Papieren gelegentlich Rückschläge eintreten. Für deutsche und ausländische Rechnung finden darin andauernd Käufe in ziemlichem Umfang statt, und zwar erstrecken sich diese für ausländische Rechnung besonders auf die gut fundierten und aussichtsreichen deutschen Industriepapiere, der Farb-, chemischen und elektrischen Branche. Im freien Verkehr fanden starke Schwankungen in Kanada, Steaua, Baltimore und Kolonialwerten statt. Kanada notierte 536—45—70, Steaua 538—50—40, Baltimore 191—85, Pomona streiften bei einer hundertprozentigen Steigerung den Kurs 1400, Kolonialanleihe waren mit 790 30 Prozent höher. Petroleumwerte, wie Deutsche Petroleum, wurden gleichfalls mit nach oben gezogen. In den übrigen amtlich notierten ausländischen Aktien konnten anfängliche 4—5prozentige Steigerungen wie bei Orientbahn und Deutschen Tabakaktien, nicht behauptet werden. Höher blieb aber Schantung. Am Montanmarkt war die Kursbewegung nicht einheitlich. Kursgewinne von 6 Prozent für Phönix und 4 Prozent für Rheinstahl und kleinere Aufschläge für andere Papiere stehen vereinzelt den Kursrückgängen gegenüber, die jedoch nur bei Lothringer Hütte 3 Prozent erreichten. Farbwerte waren 3 Prozent, chemische Aktien fast ebenfalls durchweg 3 Prozent höher. Deutsche Ueberseeische Elektrik gaben von der anfänglichen Besserung von 8 Prozent 5 Prozent her. Goldschmidtaktien büßten nach der Kurserhöhung der letzten Zeit 6 Prozent ein. Die anderen Industriewerte waren zunächst gut im Kurse gehalten. Doch stellten sich auch, wie für Hirsch Kupfer und Daimler, Rückschläge ein. Schiffahrtswerte lagen überwiegend fester. Von Bankaktien notierte Deutsche Bank 2, Darmstädter Bank 1 Prozent höher. Am Rentenmarkt machten die Kurserhöhungen für heimische Renten weitere leichte Fortschritte. Oesterreichische und ungarische Werte blieben zunächst umsatzlos. Lombarden-Prioritäten notierten 3 Prozent und Türkenlose 5 Mark höher. Die Lebhaftigkeit des Geschäfts hielt bei stärkeren Schwankungen in den eingangs erwähnten Werten weiterhin an.

Devisenkurse.

Berlin, 8. September.

Die amtlichen Notierungen für telegraphische Auszahlungen stellen sich an der heutigen Börse in Vergleichung zum vorhergehenden Tage in Mark wie folgt:

		Heute Geld	Heute Brief	Voriger Tag Geld	Voriger Tag Brief
New York	1 Doll.	—.—	—.—	—.—	—.—
Holland	100 fl.	837,00	837,50	822,00	822,50
Dänemark	100 Kr.	485,00	485,50	475,00	475,50
Schweden	100 Kr.	541 00	541,25	531,00	531,50
Norwegen	100 Kr.	511,00	511,50	501,00	501,50
Schweiz	100 Fr.	392,50	392,75	384,00	384,75
Oesterreich	100 K.	42,45	42,55	42,45	42,55
Ungarn		—.—	—.—	—.—	—.—
Bulgarien	100 Leva	—.—	—.—	—.—	—.—

Konstantinopel Geld —.— Brief —.—
für ein türkisches Pfund.
Spanien Geld 400.50 Brief 401.50
für 100 Peseta
Helsingfors 136,25 136,75 Deutsche Mark für 100 Finnische Mark.

Produktenbericht.

Berlin, 8. September. Bisher unverkaufte Zufuhren drückten auf den Preisstand am Hafermarkt. Rollende und schnell zur Abladung bereite Ware ist angeboten. Die wiederum nur notierten Lotpreise stellten sich daher niedriger. Lupinen waren mehr gefragt. Serradelle lag weiter fest. Für Stroh belebt sich die Nachfrage. Wetter trübe.

Berlin, 8. September. Amtliche Notizen. Inländ. Hafer: loco: ab Speicher frei Wagen 1110—1140; loco: ab Bahn 1090—1120. Alles per 1000 Kg. netto ab Abladestation. Tendenz: matter.

Der englische Kampf gegen die deutschen Waren. Zu dem Feldzug, den die englischen Fabrikanten gegen die Waren deutschen Ursprungs eröffnet haben, schreibt „Star", es seien gar keine Zweifel darüber möglich, daß dieser Kriegsplan ein völliges Fiasko erlebt habe. Die meisten Engländer seien sich darüber einig, daß die Einfuhr wohlfeiler Waren in geringem Umfange den englischen Fabrikanten nichts schaden würde.

Die unzünftige Beurteilung der deutschen Verhältnisse im Auslande wird durch folgendes Beispiel veranschaulicht, das die „Kruppschen Mitteilungen" bringen: Eine Reederei in Holland wollte ein Schiff für mehrere Millionen Mark bei einer deutschen Firma bestellen. Die Preise waren auch mit Rücksicht auf die Valuta außerordentlich günstig. Die Werft verlangte aber 1/3 Anzahlung bei Bestellung, ein weiteres Drittel bei Stapellauf, da ihr Betriebskapital so weit erschöpft sei, daß sie die Arbeitslöhne und die Materialkosten bis zur Ablieferung des Schiffes nicht bezahlen könne. Die holländische Reederei hielt es doch alle vorausbezahlten Gelder bei den heutigen Verhältnissen in Deutschland so gut wie verloren und bestellte das Schiff zum dreifachen Preise in England.

Tabakversteigerung in Amsterdam. In Amsterdam fand am Sonnabend eine große Tabakversteigerung an der Warenbörse statt. Es kamen 16745 Ballen Sumatratabak zur Versteigerung. Die Stimmung war im allgemeinen sehr lebhaft. Besonders hohe Preise wurden für Sandblatt und gute Pflückblattpflanzen bezahlt. Da sehr viel Ware für ausländische Rechnung weggingen, blieb der Markt bis zum Schluß fest. Es herrschte großes Interesse für diese erste Herbstversteigerung und zwar sowohl von seiten des Handels wie auch seitens der Fabrikanten, die sehr zahlreich vertreten waren und die nicht geringen Mengen kauften, wenigstens solange die Preise niedrig blieben.

Die Japaner am Glasmarkt. Japanische Fabrikanten arbeiten, so klagt ein englisches Fachblatt, mit ihrer Regierung zusammen, um den Handel, den sie sich gesichert haben, fest zu behalten. Sie haben eine Gesellschaft gegründet, um den Handel zu stabilisieren und die Preise zu regeln. Die Regierung hat Verfügungen erlassen, die darauf hinzielen, einen hohen Grad von Güte für ausgeführten Glaswaren zu gewährleisten. Die Ausfuhr von Glas, das nicht amtlich besichtigt worden ist, ist verboten. Japan hat den großen Vorzug niedriger Arbeitslöhne. Es heißt, daß Löhne für alle Arten von Arbeiten um mindestens 40 Prozent im letzten Jahre gestiegen sind. Einige der größeren Fabriken haben kürzlich neue Fabriken gebaut, besonders eine, die eine Ausbeutung von 1 Million Kisten Fensterglas im Jahre hat. Ein großer Teil der Maschinen ist aus den Vereinigten Staaten bezogen worden. Die Asahi Glaß Company (Mitsubishi) fertigt jährlich 100 Millionen Quadratfuß Fensterglas an. Fast die gesammten Maschinen in dieser Fabrik sind elektrisch angetrieben. Die Kieselerde wird aus Korea und Annam bezogen und ist von ausgezeichneter Güte. 1917 gab es 822 Glasfabriken in Japan, die 17 694 Menschen beschäftigten, im Vergleich zu 4663 Fabriken mit 9458 Angestellten im Jahre 1914. Viele dieser Fabriken sind jedoch sehr klein.

Gladbacher Wollindustrie A.-G. vorm L. Josten. Die Verwaltung schlägt für das am 30. Juni d. Js. beendete Geschäftsjahr 1918/19 eine Dividende von 20 Prozent (i. V. 20 Prozent und 5 Prozent Bonus) vor.

Mechanische Weberei Ravensberg A.-G. in Schildesche bei Bielefeld. Der Aufsichtsrat beschloß, für das Geschäftsjahr 1918/19 die Verteilung einer Dividende von 10 (15) Prozent vorzuschlagen.

Preßspanfabrik Unterschönfeld. Der Aufsichtsrat beantragt die Verteilung einer Dividende von 12 Proz. (i. V. 25).

Papierfabrik Baienfurt A.-G. Die Gesellschaft verteilt für 1918/19 15 Proz. Dividende (i. V. 20 Proz. und 90 Mk. Bonus).

Vom Sparkassengiroverband. Die außerordentliche Verbandsversammlung des Sparkassen-Giroverbandes Sachsen-Thüringen-Anhalt, die am Sonnabend in Halle stattfand, hat beschlossen, sich durch die Sparkassen-Girozentrale in Magdeburg an der Reichsanleihe-Aktiengesellschaft mit rund 8 100 000 Mark zu beteiligen.

Maschinenfabrik und Mühlenbauanstalt G. Luther in Braunschweig. In der Aufsichtsratssitzung wurde die Bilanz des Geschäftsjahres 1918/19 vorgelegt, die nach Abschreibungen von insgesamt 342 715 (i. V. 419 043) Mk. mit einem Reingewinn von 455 782 (812 304) Mk. abschließt. Aus dem nach Dotierung beider Reservefonds mit zusammen 93 281 (138 968) Mk. verbleibenden Rest soll der Generalversammlung vorgeschlagen werden, eine Dividende von 8 (i. V. 12) Proz. zu verteilen und den verbleibenden Rest von 24 723 Mk. auf neue Rechnung vorzutragen.

Die vereinigten Hüttenwerke Burbach-Eich-Dudelingen schütten für 1918/19, wie uns ein eigener Drahtbericht meldet, eine Dividende von 55 Fr. gegen 90 Fr. im Vorjahre aus.

Berliner Börse

vom 8. September 1919.
(Telegramm.)

Eisenbahn-Aktien:		Döring & Lehrmann	—
		Dürkoppwerke .	291,00
Halberst.-Blankenb.	80,00	Elberfelder Faber. .	291,00
Halle-Hettstedter . .	—	Felten & Guilleaume	195,00
Schantungbahn . .	136,50	Gasmotoren Deutz .	143,00
Allg. Lokal-Str. . .	129,00	Gebhard & Co. . .	—
Gr. Berl. Str. . .	120,50	Gebhard & König .	135,00
Magdeburger Str.-B.	—	Gelsenkirchen Berg.	173,50
Prinz-Heinrich-B. .	—	Glauziger-Zuckerfbk.	—
Orientbahn . . .	205,50	Halleische Maschfbk.	33,00
Schiffahrts-Aktien:		Hann. Masch. . .	315,00
		Harpener Berg .	164,25
Hambg. Paketfahrt .	101,00	Hasper Eisen . .	152,00
Hambg. Südamerika	178,00	Hirsch Kupfer . .	221,00
Hansa-Dampfschiff. .	243,00	Höchster Farbw. .	293,00
Nordd. Lloyd. . . .	103,75	Hoesch Eisen u. Stahl	187,25
		Hohenlone-Werke .	106,25
Bank-Aktien:		Humboldt Masch. .	133,00
		Ilse Bergbau . . .	303,00
Bank f. Thür. . . .	—	Kahla Porzellan . .	325,00
Berl. Handelsges. .	150,25	Kalkw. Aschersleben	174,00
Commerz-Diskontobank	122,00	Körbisd. Zucker-Akt.	—
Darmstädter Bank .	106,75	Kylfhäuserhütte . .	139,00
Desseuische Landesbank	111,00	Lahmeyer & Co. . .	118,00
Deutsche Bank . .	198,25	Lauchhammer . . .	152,50
Diskonto-Comm. . .	153,25	Laurahütte	152,87
Dresdner Bank . . .	129,87	Linke & Hofmann .	273,50
Leipzig Credit-Anst.	131,00	Ludwig Loewe & Co.	203,50
Mitteld. Kreditbank .	111,75	Lothringer Hütte .	158,00
Mitteld. Privatbank .	—	Mannesmannröhren	185,00
Nationalbank . . .	103,75	Oberschl. Eisenb.-Bd.	126,50
Oesterr. Kredit . .	110,00	do. Caro Hng.	144,37
Reichsbank	148,32	do. Kokswerke	194,00
		Orenstein & Koppel	174,00
Industrie-Aktien:		Phönix Berg . . .	186,75
		Rhein. Metall-Vorz.	165,50
Schultheiss-Brauerei	240,50	Rhein. Stahlwaren .	140,00
Akt. I. Anilin . . .	242,00	Riebeck. Montan .	185,37
Allgem. Elektr. Ges.	177,50	Romscher Hütten .	153,50
Ammendorfer Papierfbk. . . .	—	Rositzer Braunk. .	115,50
Anhalter Kohlenw.	172,00	Rositzer Zucker .	160,50
Annebergerr Steingut	203,00	Sangerhäuser Masch.	255,00
Badische Anilin . .	333,00	Hugo Schneider A.-G.	171,25
Bergmann Elekt. Akt.	144,75	Schuckert & Co. . .	120,50
Berl. Masch.-Bau .	194,00	Siemens & Halske	165,00
Bismarckhütte . .	206,00	Stettiner Vulkan .	163,50
Bochumer Gußstahl	179,00	Stollberger Zinkh. .	131,50
Chem.-Fabr. Buckau	—	Strals. Spielkarten	240,00
Chem. Griesheim .	196,00	Thale-Eisenhütte .	248,00
Chem. Heyden . .	222,00	Triplis Porzellan .	184,25
Consolidation Schalk	236,00	Türk. Tabakregie .	557,00
Gröllwitzer Papierfbk	183,00	Ver. Köln-Rottweiler	179,25
Daimler Motoren .	202,00	Ver. Glanzstoff . .	562,50
Deutsch-Luxemburg	151,37	Wegelin & Hübner .	—
Deutsche Uebersee Elektr. . . .	304,00	Werschen-Weißenfelser Braunk. . .	—
Deutsche Erdöl . .	286,00	Westeregeln Alkali .	232,00
Deutsche Gasglühl.	376,50	Wittener Gußstahl .	194,75
Deutsche Kali . .	185,00	Wrede Mälzerei . .	136,75
Deutsche Waffen u. Mun.	204,00	Zschau-Kriebitzsch Braunk. . .	—
Donnersmarkhütte .	195,00	Zeitzer Masch. . .	412,50
		Zellstoff Walthof .	193,75
		Otavi-Minen. . .	172,12

Verantwortlich für den politischen Teil: Carl Heimo; für den örtlichen Teil, für Provinzialnachrichten, Gericht, Handel: Eugen Brinkmann; für Sport und Briefkasten: Heinrich Meichner; Feuilleton, Unterhaltungsblatt, Vermischtes usw.: Dr. Karl Baer; für den Anzeigenteil: Otto Bieler.
Druck und Verlag von Otto Hendel.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19190909015/fragment/page=0004